Für eine höhere Pension

Länger arbeiten lohnt sich

Die Kosten, um die Pensionen bezahlen zu können, steigen rasch. Vor einer unpopulären Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters, parallel zur längeren Lebenserwartung, ziert sich die Politik. Experten empfehlen, nach Möglichkeit länger zu arbeiten, weil sich das lohnt.

Es ist ein Thema, das jeden über kurz oder lang betrifft. Und eines, das immer wieder für politische Diskussionen sorgt, die Pensionen. Derzeit kommen die sogenannten „Babyboomer“, die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er Jahre ins Pensionsalter. Das schlägt sich ebenso wie die Inflationsanpassung in den Pensionskosten nieder. Die steigende Lebenserwartung in unserem Land, bis 2070 um rund siebeneinhalb Jahre, führt dazu, dass auch die Pensionen länger bezogen werden und der Staat immer mehr Geld ins Pensionssystem zuschießen muss.

Derzeit belaufen sich die Budgetkosten für die knapp 2,5 Millionen ASVG-Pensionen auf 12,8 Milliarden Euro. Für die rund 308.000 Beamten-Pensionen muss der Staat heuer 13,3 Milliarden Euro aufwenden. Die in der Regel höheren Pensionen der Staatsbediensteten sollen bis 2028 zu einem einheitlichen System für alle angeglichen werden. Mittelfristig werden die Staatsausgaben für Pensionen laut dem aktuellen Gutachten der Alterssicherungskommission (ASK) von 26,1 Milliarden Euro im Jahr 2022 auf 37,9 Milliarden Euro im Jahr 2027 ansteigen.

„Die Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters lehnen wir ab“, betont ÖGB-Pensionsexpertin Dinah Djalinous-Glatz.

Jährlicher Bonus erhöht Pension um bis zu 12,6 Prozent

Angesichts dieser Prognosen warnen kritische Stimmen, dass die staatlichen Pensionen nicht mehr für alle ausreichen werden und in Zukunft nicht mehr finanzierbar seien. Einige Experten, etwa der Agenda-Austria-Ökonom Dénes Kucsera, treten deshalb für die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters (derzeit 60 Jahre bei Frauen, 65 Jahre bei Männern) als Lösung ein.

Nicht das gesetzliche, sondern das faktische Pensionsantrittsalter (59,9 Jahre bei Frauen, 61,9 Jahre bei Männern) soll steigen, meint hingegen Mag. Dinah Djalinous-Glatz, Referatsleiterin für Sozialversicherungspolitik im Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB). „In diesen Durchschnittswert gehen aber auch vorzeitige Alterspensionen

und Invaliditätspensionen, die ihre Ursachen in Krankheit und Unfällen haben, ein." Die Kurve beim faktischen Pensionsantrittsalter gehe aber deutlich nach oben, betont die ÖGB-Pensionsexpertin.

Laut Umfragen wollen sogar zwei Drittel aller Erwerbstätigen nach der Pensionierung weiterarbeiten. Sie fühlen sich oft noch zu jung für den Ruhestand. „Ich bin fit, deshalb bleibe ich noch einige Zeit berufstätig", sagt etwa die Wienerin Ingrid Huber (Name geändert). Die 63jährige arbeitet als Personalverrechnerin in einer Steuerberatungskanzlei und hat sich dafür entschieden, ihren Pensionsantritt zu verschieben.

Bis zu 200 Euro mehr Pension pro Monat

Wie eine aktuelle WIFO-Studie belegt, bringt, über das Regelpensionsalter hinaus beruflich aktiv zu bleiben, auch finanzielle Vorteile. Derzeit sind etwa 88.000 Pensionisten in unserem Land erwerbstätig. Je nach Berufsgruppe steigert ein zusätzliches Erwerbsjahr die Erstpension zwischen 120 Euro und rund 200 Euro netto pro Monat. Weil Männer im Schnitt höhere Einkommen haben, profitieren sie vergleichsweise noch stärker. Akademiker etwa können mit einem zusätzlichen Jahr im Erwerb ihre Pension um bis zu 340 Euro netto monatlich aufbessern.

„Das WIFO analysiert eine ‚Win-win'-Situation: Weiterarbeiten zahlt sich wirklich für alle aus", bestätigt der Pensionsexperte, Professor Bernd Marin. „Für uns Bürger aber erst seit dem APG 2014 (Allgemeines Pensionsgesetz), mit einigen tausend Euro jährlich, bis zu zwölf Mal so viel wie zuvor, als Weiterarbeiten finanziell bestraft und ein Ausstieg subventioniert wurde, denn seither sind die Pensionsregeln versicherungsmathematisch korrekter und fair", sagt Bernd Marin.

„Wer den Pensionsantritt aufschiebt und über das Regelpensionsalter erwerbstätig bleibt, bekommt dafür einen Bonus von 4,2 Prozent jährlich. Der Bonus wird maximal für drei Jahre bezahlt, das macht 12,6 Prozent gesamt. Zusätzlich werden 1,78 Prozent der Jahresgrundlage als Teilgutschrift im Pensionskonto hinzugefügt, was wiederum die Pension erhöht", weiß Djalinous-Glatz. Eine andere Möglichkeit ist, auch nach Antritt der regulären Alterspension weiterzuarbeiten und damit gleichzeitig Pension und uneingeschränkt Erwerbseinkommen zu beziehen. „Dann wird beides gemeinsam versteuert. Die vom Einkommen entrichteten Pensionsbeiträge führen im darauffolgenden Jahr wiederum zu einer Pensionerhöhung", erklärt die ÖGB-Expertin.

„Einkommensvorteile durch Weiterarbeiten sind eindeutig und unstrittig, wenn auch leider nicht allgemein bekannt und öffentlich beworben", weiß Marin. „Freilich, Geld ist nicht alles, und jeder Einzelne bewertet Geld gegen bezahlte/unbezahlte Freizeit und den Beitrag beider für Glück und Lebenszufriedenheit anders." Das erfordere höchstpersönliche Ruhestandsentscheidungen, meint der Sozialforscher.

Während sich länger zu arbeiten finanziell auszahlt, bringt ein Pensionsantritt vor dem Regelpensionsalter deutliche Einbußen bei der Pension. Je nach Art der vorzeitigen Alterspension betragen die Abschläge bis zu 5,1 Prozent für jedes Jahr vor dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter. Außerdem darf nur bis zur Geringfügigkeitsgrenze von derzeit 485,85 Euro brutto pro Monat dazuverdient werden. Bei nur einem Euro mehr fällt die gesamte Pension für den Zeitraum der nicht geringfügigen Beschäftigung weg.

Frühstarterbonus als Ausgleich für Abschlagsfreiheit

Als Ausgleich für die 2022 abgeschaffte „Hacklerregelung" (eine Langzeitversichertenregelung für alle, die 45 Erwerbsjahre oder 540 Beitragsmonate erworben hatten und deshalb ohne Abschläge früher in Pension gehen konnten) gibt es nun den „Frühstarterbonus".

Alle, die zwischen dem 15. und 20. Geburtstag mindestens zwölf und insgesamt 300 Beitragsmonate erworben haben, bekommen einen wertgesicherten Pensionsbonus von einem Euro pro Beitragsmonat in diesem Zeitraum, maximal aber 60 Euro monatlich. *rz*

ASK-Vorstand Ingrid Korosec (ÖVP).

Die Alterssicherungskommission

Die Kommission zur langfristigen Finanzierung der Alterssicherungssysteme, kurz Alterssicherungskommission (ASK), ist ein Gremium aus 20 Mitgliedern, deren Stellvertretern und einem Vorstand. Vorübergehend ist die ÖVP-Seniorenbund-Präsidentin Ingrid Korosec als Vorstand tätig.

Die Experten der ASK kommen unter anderen aus der Industriellenvereinigung, der Wirtschaftskammer, dem Finanzministerium und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund.

Die ASK untersteht dem Sozialministerium und überwacht sowohl die Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung als auch die Pensionen des öffentlichen Dienstes.

„Wirtschaftlich und finanziell spricht alles für längeres Arbeiten", sagt der Sozialwissenschaftler Bernd Marin.